

# Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 150.

Donnerstag am 3. Juli

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Insertionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inserate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Insertionsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Amtlicher Theil.

### Berichtigung.

In der letzten Kundmachung, ddo. Laibach 30. Juni 1851, in Nr. 149 der „Laibacher Zeitung“, über die eingegangenen Beiträge für die verunglückten Bewohner in Brunnndorf, ist ein Schreibfehler unterlaufen. Rubrik e) soll es heißen, statt:

Vom Herrn Casino-Kassier Herr Konner . . . 4 fl.  
richtig:

Vom Herrn R. . . . . 4 fl.  
R. k. Bezirkshauptmannschaft Laibach am 2. Juli 1851.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 25. Juni d. J., den Domherren an dem Agramer Domcapitel: Ignaz Koch die erledigte Titular-Abtei S. Doym supra Segniam; Adam Mravinecz jene de Kolban alias Kolban in Slavonia; Martin Pavchez die erledigte Titular-Probstei S. Petri de Posega; Mathias Belloberg jene S. Irenei in Syrmio, und Peter Sattvar jene S. Ladislai de Semlin allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 25. Juni d. J., zum Titular-Abte B. M. V. de Poroszlo den Domcantor am Szathmarer Domcapitel Anton Majerhold, zum Titularprobste S. Georgii M. et M. de Szobrancez den Munkacser Pfarrer Paul Rudolph, ferner zu Ehrenomherren am Szathmarer Domcapitel den Professor an der Pesther Universität, Alois Grynaeus, und den Köfeneser Pfarrer Franz Melzer, endlich zum Ugocsaer Erzdechanten den Tisza-Ujlaker Pfarrer, Emanuel Deseffy, allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 28. Juni 1851 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLIII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, und zwar in der deutschen Alleinausgabe und in allen Doppelausgaben, mit Ausnahme der Romanischen, ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter Nr. 153. Den Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Baiern vom 15. März 1851, in Betreff der Verpflegung der k. k. österreichischen Truppen auf königl. bairischem Gebiete.

Nr. 156. Die Verordnung des Justizministeriums vom 17. Juni 1851, wodurch vorläufig zur Ausübung der Berggerichtsbarkeit in Siebenbürgen, die Bezirks-Collegialgerichte zu Dées und Carlsburg bestimmt werden.

Nr. 156. Die Verordnung des Justizministeriums vom 26. Juni, 1851, womit die kaiserliche Verordnung vom 16. März 1851, wegen Beschleunigung der Landtafel- und Grundbuchsgeschäfte, auch für das Kronland Salzburg in Wirksamkeit gesetzt wird.

Ferner wird aus dem Jahrgange 1850 das XIV. Stück in der serbisch- und ruthenisch-deutschen, das XXXV. Stück in der slovenisch- und polnisch-deutschen, und das CLXII. Stück in der böhmisch-, magyarisch-, ruthenisch- und croatisch-deutschen Doppelausgabe; endlich aus dem Jahrgange 1851 das II.

Stück, das am 20. Jänner 1851 nur in der deutschen Allein-, und der italienisch-deutschen Doppelausgabe erschienen war, in allen übrigen Doppelausgaben ausgegeben und versendet werden.

Der Inhalt dieser Stücke wurde bereits bei den früheren Ausgaben angezeigt.

Wien, am 27. Juni 1851.

Vom k. k. Redaktionsbureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

## Nichtamtlicher Theil.

### Der schweizerisch-sardinische Handelsvertrag.

Wien, 28. Juni.

Die Verbindung, welche Sardinien mit der Schweiz, theils durch Eisenbahnen, theils durch regeren Handelsverkehr erreichen will, verdient die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Maße. Für Oesterreich, namentlich auch für Deutschland, ist damit eine Lebensfrage zusammenhängend. Soll es England gelingen, aus der Schweiz ein großartiges Entrepot für Schmuggelwaren zu bilden, um damit von dort her das gesamte mittlere Europa zu überfüllen? Denn, daß der britische Einfluß gegenwärtig zu Turin dominiert, ist für keinen einigermaßen Unterrichteten ein Geheimniß. Von capitaler Wichtigkeit erscheint in dieser Beziehung der sardinisch-schweizerische Handelsvertrag, der zwar noch nicht definitiv abgeschlossen, aber bereits punctirt ist, und dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Das Recht der gegenseitigen freien Niederlassung wird im Sinne der Bundesverfassung und für Handelsfachen ausgesprochen; die Niedergelassenen sind beiderseits frei von der Militärpflicht, und deren Wiederaufnahme in ihrem Heimatstaate wird verbürgt. Im Artikel IX wird die allgemeine gegenseitige Verpflichtung ausgesprochen, ihre Gewerbszeugnisse mit keinen größeren Lasten zu belegen, als diejenigen, der am meisten begünstigten Nation. Die Schweiz versichert Sardinien das Recht zur freien Einfuhr einiger Naturproducte auf bestimmten Puncten und in bestimmten Quantitäten. Im Artikel VI versprechen sich die Contrahenten den freien Transit unter keinen lästigeren Bedingungen, als die Staatseinwohner selbst ihn genießen. Namentlich vermindert die Schweiz ihren Transitholl von 60 auf 40 Centimes und erleichtert speciell den Transit über den Symplon in die Gränzstriche von Sardinien auf 0,10 Centimes pr. Kilogr. Die Eidgenossenschaft verspricht, auf sämtlichen Transitstraßen Zollstätten zu errichten. Die wichtigste Bestimmung ist die im Artikel VIII ausgesprochene, wodurch die Schweiz alles Mögliche beizutragen verspricht, daß eine Eisenbahn aus Sardinien durch die Schweiz zum Anschlusse an das deutsche Eisenbahnnetz zu Stande kommen könne. Sardinien übernimmt die gleiche Verpflichtung für seine Staaten und sagt der Schweiz alle Erleichterungen bei Benützung der sardinischen Bahnen zu. Die Dauer des Vertrages ist auf 10 Jahre, vom 1. Juli ab gerechnet, festgestellt. Derselbe wird der demnächst zusammenretenden schweizerischen Bundesversammlung vorgelegt, und wie man voraussetzen darf, von derselben angenommen werden. Die Tragweite dieses Tractats ist augenscheinlich. Derselbe ist

offenbar auf den Schaden Oesterreichs, jedoch bestimmt auch nicht auf den Vortheil Deutschlands und Frankreichs berechnet, wenn man bedenkt, daß englische Warentransporte die gewährte Transithfreiheit hauptsächlich genießen werden.

## Oesterreich.

Wien, 30. Juni. Ueber entstandene Zweifel, in welchen Fällen die Gemeindevorsteher als staatsanwaltschaftliche Functionäre zu den Amtshandlungen der Bezirksgerichte in Strafsachen vorgeladen werden müssen, ist für diejenigen Kronländer, in welchen die Strafprozeßordnung vom 17. Jänner 1850 in Wirksamkeit steht, folgende Belehrung erlassen worden:

Wenn es sich um solche Voruntersuchungen handelt, welche Verbrechen oder Vergehen betreffen, und wobei die Bezirkseingelgerichte daher nur anstatt der Bezirks-Collegialgerichte einschreiten, hat eine Vorladung der Gemeindevorsteher als staatsanwaltschaftliche Functionäre niemals einzutreten, denn in solchen Fällen soll die Staatsanwaltschaft selbst, wenn es noch Zeit ist, vor den bevorstehenden Amtshandlungen benachrichtet werden, und ihrer Beurtheilung bleibt es dann überlassen, ob sie es notwendig findet, zu erscheinen oder nicht. Wenn aber ein Bezirksgericht in den zu seiner eigenen Competenz gehörigen Uebertretungsfällen einen Localausgleich oder eine andere ähnliche Erhebung notwendig findet, dann ist es nach der Strafprozeßordnung verpflichtet, wenn die Dringlichkeit es nicht unmöglich macht, dem Gemeindevorsteher davon vorläufig Nachricht zu geben, damit er dabei erscheinen könne; denn in den Fällen dieser Art haben die Gemeindevorsteher in der That alle Functionen der Staatsanwälte auszuüben.

Der Wiener Handelsverkehr vom letztverflossenen Monate zeigt im Vergleich zu den bezüglichen Ergebnissen des Mai 1850 bei der Einfuhr mehrerer Warengattungen aus dem Auslande eine ziemlich bedeutende Steigerung, besonders bei Kaffee, edlen Weinen in Flaschen, getrockneten Weinbeeren nebst noch anderen Süßfrüchten; von Fabricaten: bei glattem und gewebtem Bobbinet, Maschinen und Zuckermehl für Raffinerien. Ein Rückgang dagegen ist in größeren Beträgen, hauptsächlich bei Baumwolle, Fellen, Del und Unschlitt eingetreten. Die Ausfuhr nach dem Auslande hat nur in gemeinen Schafwollwaren nennenswerthe Zunahmen erfahren; ist aber in gemeiner Leinwand, Schafwolle und derlei feinen Waren, auch in rohen Fellen um ein Bedeutendes gegen den gleichen Monat des vorigen Jahres zurückgeblieben.

Wien, 1. Juli. J. J. M. M. der König und die Königin von Sachsen werden dieser Tage bei dem allerhöchsten Hofe zum Besuche erwartet.

Von Sr. Maj. dem Kaiser ist der vom Handelsministerium beantragte Entwurf der Organisation des Hafen- und See-Sanitätsdienstes genehmigt worden.

Die vom k. k. Handelsministerium von allen competenten Behörden abverlangten Darstellungen der Arbeiterverhältnisse in allen Gegenden des Reiches sind nun durch das erfolgte Einlangen der Mehrzahl der Berichte vollständig geworden. Eine Zusammenstellung derselben dürfte interessante Beiträge zu den statistischen Daten Oesterreichs angeben.

— Am 29. Juni fand unter a. h. Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers ein Ministerrath Statt, bei welchem außer dem Herrn Minister-Präsidenten Fürsten Schwarzenberg und dem Herrn Finanzminister Freiherrn von Krauß, auch noch der Reichspräsident Freiherr v. Kübeck zugegen war.

— Das Reichsgesetzblatt besteht seit dem Monat November 1848. Seitdem wurden von selbst circa 60 Millionen Bogen in 10 Millionen Exemplaren gedruckt.

— Ein interessanter Prozeß dürfte demnächst hier zur Entscheidung kommen, da ein Reisender, welcher das Unglück hatte, während eines Eisenbahnunfalles bedeutend verletzt zu werden, nun von der Direction einen Schadenersatz von 10.000 fl. beansprucht.

— In der Vorstadt Schaumburgergrund ist ein wohlthätiger Verein im Entstehen, welcher sich die Aufgabe stellt, hilflose und verschämte Wöchnerinnen mildthätig zu unterstützen. Mit der Gebahrung dieses Vereins soll eine vortheilhafte Prämien-Lotterie in Verbindung gesetzt werden.

— Einige jüdische Capitalisten aus Rußland sind hier angekommen. Dieselben gehen nach Ungarn und wollen dort Grundstücke zur Ansiedlung kaufen, da die zahlreichen Klagen gegen die religiösen Gebräuche der Juden und sonstigen Beschränkungen derselben zahlreiche Auswanderungen in Aussicht gestellt haben.

— Professor Zimmermann, der sich gegenwärtig in Wien aufhält, soll bei seiner Rückkehr nach Hermannstadt die Regierungsverordnung, betreffend die Errichtung einer Landesuniversität für Siebenbürgen, mit sich bringen.

— Die von den k. k. Grundentlastungs-Commissionen liquidirten Entschädigungs-Capitalien sind bereits Gegenstand der Geldspeculation geworden, denn es bieten häufig Capitalisten ihre Geldvorräthe zur sogleichen Ablösung derselben gegen billige Percentennachlässe und bedienen sich dazu auch der öffentlichen Kundmachungen.

— Wie die „N. N. Z.“ meldet, hat der böhmische Adel eine Petition an das Ministerium um Abänderung des bestehenden Gemeindegesetzes vorbereitet. Die böhmischen Adligen beklagen sich darüber, daß sie bei Gemeindebeschlüssen nur eine Stimme haben, während sie die größten Geldbeträge zu den Gemeindefasten zu zahlen hätten. Sie beklagen sich ferner über das ihnen aufgebürdete Schul- und Kirchenpatronat, über die schlechte Vermögensverwaltung einzelner Gemeinden, welche ein Deficit zur Folge hatte, zu dessen Deckung die größern Grundbesitzer unverschuldet am meisten beitragen müssen. Sie verlangen, daß das Stimmrecht bei Gemeindebeschlüssen, ähnlich wie bei den Abstimmungen am Bundestage, im Verhältnis zur Größe des Grundbesitzes ausgeübt werden soll.

— Die kais. Burg in Prag wird auf Befehl des kais. Oberhofmeisters während der Abwesenheit Sr. Maj. des Kaisers Ferdinand restaurirt und neu eingerichtet.

— HM. Fürst Windischgrätz soll die Absicht haben, Denkwürdigkeiten in Bezug auf seine Thätigkeit in den letzten Jahren niederzuschreiben.

— Um den Früchtentransport auf den Staatseisenbahnen zu fördern, ist es beantragt, den Geschäftsleuten, welche mit Getreide, Früchten einen Handel treiben und ihre Vorräthe durch die Staatseisenbahnen versenden, einen Percentnachlaß bei dem Transporte zu gestatten, wie dieß bei anderen Bahnen bereits längere Zeit in Übung besteht.

— Bekanntlich wurde das „Kath. Bl. a. Mähren“ von der Staatsbehörde mit Beschlag belegt. Die Veranlassung gab eine Bemerkung des Redacteurs zu einer Correspondenz aus Galizien, welcher sich dahin aussprach, daß der Clerus in kirchlichen Dingen den Staatsbeamten keinen Gehorsam schulde. Ferner ein Brief aus Slavonien, worin der Mehrheit der dortigen Beamten der Vorwurf gemacht wird, daß sie alles Christenthums bar sind.

— Den Krakauer Abgeordneten ist von der k. k. Finanzverwaltung ein Vorschuß von 500.000 Gulden gegen 4 % Verzinsung bewilligt worden.

— Im Laufe des nächsten Monats wird in Pesth eine Generalversammlung abgehalten werden, worin die Statuten des „Pesther Lloyd“ festgestellt werden sollen. Die Zahl der Theilnahme an diesem Institute ist im Wachsen begriffen. Unter den Subscribenten befinden sich auch der Herr Statthalter Baron Gehring und der Districts-Obergespan v. Auguß.

— Das neu entdeckte Kohlenlager bei Fünfkirchen in Ungarn erweist sich als ein äußerst ergiebiges, und birgt einen so unendlichen Reichtum von Kohlenschätzen, daß denselben kaum ein zweites in Oesterreich an die Seite gestellt werden kann.

— Wie die Conferenzglieder in Dresden, so haben sich die Mitglieder des Bundestages das tiefste Geheimniß und Stillschweigen gegenseitig zugesagt. Man geht damit um, eine Druckerei im Bundespalais selbst zu errichten und die Aufsicht über dieselbe und die Correctur von Bundestagsbeamten leisten zu lassen.

— Die schweizerische Regierung hat jüngst eine Mittheilung ergehen lassen, daß sie die Thelegraphenlinie durch das Gebiet der gesammten Republik anlegen werde und den Anschluß an das österreichisch-bairische Telegraphenamt in Bregenz wünschenswerth erachte.

• **Lemberg.** Wiederholte gewaltsame Eingriffe der Gemeinde Slawentyn in Galizien, in den Besitz ihrer vormaligen Grundherrschaft, verbunden mit offen an Tag gelegter Mißachtung der freisämlichen Aufträge und Verabredungen zum massenweisen Widerstande gegen die Durchführung der Anordnungen, verletzten den Brzjaner Kreisvorsteher in die Nothwendigkeit, diese Gemeinde durch Zwangsmaßregeln zum Gehorsam zu bringen. Hierbei stellte sich vor Allem die Entsetzung des Ortsrichters, der die Gemeinde zur Widerseßlichkeit aufstachelte, dann die Verhaftung der als Rädelshörer und Aufwiegler bezeichneten Invasoren mit Hilfe der k. k. Gensd'armie als nothwendig dar. Doch auch diese Amtshandlung stieß ungeachtet wiederholter eindringlicher, gütlicher Ermahnungen auf Widerstand; es wurde sich der Gensd'armie förmlich widersezt und thätiger Versuch gemacht, sie ganz zu entwandern und zu überwinden, weshalb sie, nachdem auch die Stoßwaffe nicht mehr ihren Zweck erreichte, von scharfen Waffen Gebrauch machte, was zur Folge hatte, daß einer der Widerspenstigen tödtlich getroffen wurde, und bald darauf starb, vier andere aber Wunden davon trugen. Mit Hilfe der herbeigezogenen Verstärkung an Militär und Finanzwachmannschaft ist es gelungen, die Gemeinde Slawentyn zum Gehorsam zurückzuführen, die Ruhe herzustellen, die besonderen Gemeindeglieder zur Erkenntniß ihres gesetzwidrigen Benehmens zu bringen, und mehrere der am meisten theilhaftigen Aufwiegler zu verhaften, während die übrigen Schuldigen die Flucht ergriffen. — Hierbei muß bemerkt werden, daß die Gensd'armen sich mit vieler Mäßigung bei ihrem Einschreiten benahmen: denn obgleich ein Haufen Weiber mit Ungestüm an sie drang, ihnen Schnüre und Kleider vom Leibe reißen wollte, so wurde doch keines der Weiber auch nicht durch einen Kolbenschlag verletzt. Auch hatten die Bauern sehr viele Kinder absichtlich in den Haufen gemengt, in der Ueberzeugung, dadurch ein scharfes Vorgehen von Seite der Militärmacht abzuwenden. Während des Zusammenstoßes wurde immerfort Sturm geläutet, doch fanden von den benachbarten Dörfern keine Zuzüge Statt. Die älteren und ruhigeren Gemeindeglieder tadeln das ungesetzmäßige Vorgehen, und erklärten sich den Behörden gegenüber an diesen bedauerlichen Schritten, welche nur von den jüngern Gemeindegliedern in Folge schlechter Rathschläge vorgenommen wurden, ganz untheilhaftig.

## Deutschland.

• **Berlin,** 26. Juni. Nach den hier eingetroffenen Nachrichten ist die Bundesversammlung noch mit

vorbereitenden Anordnungen beschäftigt, wobei mit großer, ernster Sorgfalt zu Werke gegangen wird, wie unter Andern auch der Umstand beweisen dürfte, daß ein besonderer Ausschuß erwählt werden soll, um allein die Prüfung der Frage über die Veröffentlichung der Bundestags-Protocolle vorzunehmen. Alle Verhandlungen, welche auf die Spitze der politischen Principien hinaustreten können, oder das innere Verhältniß von Oesterreich und Preußen nothwendig berühren müssen, werden nur mit großer Vorsicht in Bewegung gesetzt und haben zum Theil schon wieder sistirt werden müssen, wie dieß mit den Verhandlungen des Marine-Ausschusses der Fall ist, da die Mitglieder desselben auf neue Instructionen bei ihren Höfen zurückgehen zu müssen geglaubt haben. Preußen hat bei diesen Verhandlungen über Vergangenheit und Zukunft der deutschen Flotte in der That den Versuch gemacht, sich einen neuen Sonder-Standpunkt anzubahnen, auf dem aber weder in materieller noch in politischer Hinsicht für seine Stellung etwas zu gewinnen seyn möchte. Die Instructionen, welche General v. Rochow aus dem dießseitigen Cabinet hatte, waren, wie wir glauben, sehr bestimmt und categorisch, und Hr. v. Rochow gab auch demgemäß im Marine-Ausschuß die Erklärung ab, daß Preußen fürerst keinen Beitrag mehr für die Unterhaltung der deutschen Flotte zahlen werde, bevor nicht die im Rückstande gebliebenen Regierungen ihre Beiträge eingezahlt hätten. Preußen rechnet sich nicht nur seine bisher geleisteten Barzahlungen an, sondern bringt auch, zur Ausfüllung seiner zweiten Rate, Alles in Rechnung, was es in den Krieg gegen Dänemark für die Ostseeflotte und zur Vertheidigung der Ostseeküste aufgewandt hat. Vielleicht will unser Gouvernement auf diese Weise zu einer definitiven Entscheidung der Flottenfrage drängen, und dabei scheint die eventuelle Absicht im Hintergrunde zu stehen, das bisherige Marinematerial zur Ausbildung einer spezifisch-preussischen Flotte zu benutzen.

(Wr. Stg.)

• **Freiburg i. B.,** 23. Juni. Verfloßene Nacht wurde das Brustbild Carl v. Rottecks von seinem Monumente abgenommen. Nachdem dieses Monument schon über ein Jahr bestanden, wurde vom Gemeinderath nämlich beschlossen, dasselbe in einen Brunnen umzuwandeln.

• **Frankfurt a. M.,** 22. Juni. Dem Vernehmen nach, schreibt man der „N. Z.“, hat der kais. Hof an Preußen den Vorschlag zu einem gemeinschaftlichen Antrag an die Bundesversammlung auf Niederlegung dreier Commissionen, einer allgemeinen oder politischen, einer für Handel und materielle Interessen, einer für das Bundesgericht gemacht, welche die Dresdner Vorlagen im geschäftsmäßigen Wege an die Bundesversammlung bringen sollen. Man zweifelt nicht, daß Preußen diesem Antrag beitrifft. Die Berufung der Sachverständigen für die materiellen Fragen wird dann alsbald erfolgen. Von preussischer Seite wurden ebenfalls vor Kurzem Vorschläge (Repressivmaßregeln) zu dem Zweck der Sicherung von Ordnung und Ruhe vertraulich mitgetheilt. Sie waren indessen so scharf gefaßt, daß man sich bewogen fand, dazu wesentliche Modificationen vorzuschlagen. Auch wird gemeldet, daß Oesterreich im Schooße der Bundesversammlung den Antrag gestellt, einen Ausschuß zu ernennen, welcher zu prüfen und zu berichten habe, in wie weit in Zukunft die Protocolle der Bundesversammlung zu veröffentlichen seyen. Dieser Ausschuß wird in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung gewählt werden.

## Großbritannien und Irland.

• **London,** 26. Juni. Vor dem Friedensrichter stand gestern ein junger Franzose, Charles Torn, des Diebstahls im Ausstellungsgebäude angeklagt. Er hatte in verschiedenen Abtheilungen kleine Quantitäten von Weizen und Mais — im Ganzen an vier Loth — dann etwa zwei Loth Baumwolle und Schafwolle eingesteckt. Ein Policeman, der ihn auf der That ertappte, verhaftete ihn. Der Ange-

klagte entschuldigte sich damit, daß er bloß Proben der ausgestellten Artikel mit sich nehmen wollte, und dieß für erlaubt gehalten hatte. Augenscheinlich war es nicht darauf abgesehen gewesen, eine Handvoll Mais oder Wolle zu verwerthen, und in Anbetracht dessen wurde er bloß zu sechswochenlichem Gefängniß verurtheilt. — Es möge dieß indessen fremden Gästen zur Warnung dienen, welche die Strenge der englischen Geseze auf dem Gebiete des Eigenthumsrechtes nicht recht kennen dürften.

## Rußland.

— Einer Correspondenz aus Warschau vom 22. Juni zufolge, wäre der Sachverhalt jener von uns bereits gemeldeten Silberauslieferung an den russischen Staatsschatz folgender: „Schon unter dem Präsidium des Finanzdirectors Fuhrmann, nach dessen Ausscheiden aus dem kaiserlichen Dienste der Staatsrath Morawski die Direction der Finanzcommission in Warschau übernahm, wurde die Frage einer Silbersteuer in Polen vielfach angeregt. Sammtliche Finanzquellen des Landes waren durch die Operationen des Hrn. Fuhrmann dermaßen erschöpft, daß dieser, um den Anforderungen des kais. Finanzministeriums in St. Petersburg zu genügen, sich gezwungen sah, trotz der Abneigung des Kaisers, neue Steuern aufzulegen, eine Steuer auf Silber ins Leben zu rufen. Er ging dabei von dem Principe aus: daß, wer Silbergeräthe besitze, sich auch zu einer Steuer davon bequemen müsse, und daß eine derartige Steuer weniger den Aermern als den Reichern treffe. Nach seinem Austritt wurde die Idee eine Zeitlang ad acta gelegt, aber später wieder aufgenommen. Eine der ersten Schwierigkeiten, die sich bei der etwaigen Realisirung des beregten Steuerprojectes herausstellte, war die Abschätzung des Silberwerthes nach der Probe desselben, d. h. nach dem wirklichen reinen Silbergehalt der zu besteuern den Geräthe; um dieses zu bewerkstelligen, wurde jüngst hin die Abschätzung der Silbergeräthe von Privaten und die Bestämpelung derselben angeordnet, wahrscheinlich als Vorläufer der einzuführenden Silbersteuer.“ (Wand.)

## Amerika.

Der „Valparaiso Mercantile Reporter“ gibt folgenden Bericht über die schreckliche Catastrophe, von der jene Stadt betroffen wurde:

„Am 2. April um 6 1/4 Uhr Morgens ist Valparaiso von einem jener Unglücksfälle heimgesucht worden, die in vulkanischen Ländern so oft vorkommen. Eine starke Erderschütterung von 15 Secunden Dauer, die durch wenige heftige Nacherschütterungen bis auf zwei Minuten verlängert wurde, welche zwei Minuten den geängstigten Einwohnern als eben so viele Stunden erschienen, hat in dieser kurzen Frist mehrere hundert Gebäude zerstört und eine große Anzahl Menschen obdachlos gemacht. Man glaubt allgemein, daß bei der Heftigkeit des Schlages nach zehn oder fünfzehn Secunden dieselben verderblichen Folgen nach sich gezogen hätten, wie zur Zeit des Erdbebens von 1822, obgleich die Häuser jetzt im Allgemeinen weit fester gebaut sind als damals.“

„Während des Ereignisses war die Atmosphäre heiß und drückend, aber es fand keine Veränderung des Thermometerstandes Statt, welches 62 Grad (Fahrenheit, also 13 1/2 Reaumur?) zeigte. Die Bewegung war an einigen Stellen weniger heftig, als an andern, kaum 100 Yards entfernten, so daß alte, verfallene Häuser dort die Erschütterung besser aushielten, als hier neue, starke Gebäude; diejenigen, welche meistens von Holz errichtet waren, blieben fast ganz verschont. Während der verhängnißvollen 15 Secunden schwankten die Häuser hin und her, wie Schiffe zur See. Nicht der leiseste Windhauch ließ sich den ganzen Tag spüren; leichte Erschütterungen folgten sich von Zeit zu Zeit, und selbst in diesem Augenblick, den 7. um halb zwei Uhr Nachmittags, hat ein augenblickliches, aber starkes Schwanken die Einwohner voll Schrecken aus ihren Häusern

gejagt. Das Zollamt hat wenig gelitten, indessen ist das Dach zum Theil zerstört und die Regengüsse, die nach dem Erdbeben eintraten, haben viele Waren beschädigt. In der Gegend längs der Seeküste ist das meiste Unheil angerichtet worden; über 200 Häuser sind nicht mehr bewohnbar und mehrere hundert Familien haben die Nacht über in den Straßen campiren müssen. Am folgenden Tage wurden jedoch Zelte und hölzerne Schoppen in der Plaza de Victoria errichtet; die Capitane aller im Hafen befindlichen Schiffe boten Allen, die obdachlos geworden, einen Zufluchtsort am Bord ihrer Fahrzeuge an und haben seitdem den Dank der Regierung für ihre Gastfreierheit erhalten. Durch ein beispielloses Glück ist auch nicht ein einziges Menschenleben verloren gegangen; ja, wir hören nicht ein Mal, daß Jemand eine schwere Verletzung erlitten habe. Der pecuniäre Verlust wird auf etwa eine Million Dollars geschätzt.“

„Der in Santiago angerichtete Schaden ist ähnlicher Art, wie in Valparaiso, mit dem Unterschiede, daß, da die Hauptstadt eine größere Anzahl öffentlicher Gebäude besitzt, der pecuniäre Verlust den unsrigen übersteigen muß. Unter andern haben die schöne neue Münze, die Residenz des Präsidenten Bulnes, die Kathedrale und das Stadthaus mehr oder weniger gelitten.“

„Sobald das Erdbeben vorüber war, ging man mit der größten Thätigkeit daran, die Spuren desselben zu verwischen. Eine Stunde nach der Katastrophe konnte man die Piones (Arbeiter) beschäftigt sehen, die Dächer von den zerbrochenen Ziegeln und die Straßen von dem Schutt zu reinigen, und sich überzeugen, daß die Chilenos eine ehrenvolle Ausnahme von der Trägheit machen, die man der spanischen Race im Allgemeinen vorwirft.“ (Br. Stg.)

## Neues und Neuestes.

• **Wien**, 1. Juli. Das von der betreffenden Commission zu Venedig entworfene Freihafenreglement ist von Seiner Majestät dem Kaiser mit einigen Modificationen allergnädigst genehmigt worden.

• Soeben wird aus Mailand mitgetheilt, daß bei der Ermordung des Dr. Bandoni hauptsächlich eine Kalesche auffiel, welche beinahe 1 1/2 Stunde unbeweglich in der Nähe der Mordstätte stand und in welcher der Thäter entflohen zu seyn scheint.

• Laut Verordnung des k. k. Ministeriums des Innern haben nach einer Mittheilung des hohen Ministeriums des Aeußern künftighin die Bewerber um Einbürgerung in den österr. Staatsverband die etwa aus der Heimat nöthigen Documente sich selbst zu verschaffen, und es darf die Beihilfe der Behörden nur in solchen speciellen Fällen angesucht und erwartet werden, wo die Beischaffung im Privatwege sich unthunlich erweist.

Telegraphische Depeschen.

• **Turin**, 28. Juni. Der königl. bayerische Gesandte, Graf v. Spaur, hat seine Creditive überreicht. Das Gerücht verstärkt sich, Deforesta werde zum Justizminister ernannt werden. Die Abgeordneten kammer debattirt eben den Handelsvertrag mit der Schweiz.

• **London**, 29. Juni. Drei verschärfende, antiministerielle Amendements zur Titellbill sind im Unterhause angenommen worden.

• **Athen**, 24. Juni. Der Senat hat ein Tavelsvotum gegen das Ministerium einstimmig angenommen.

## Locales.

**Laibach**, den 2. Juli.

Der verflossene Markt war im Ganzen nicht besonders günstig, dagegen war aber viel Hornvieh und zu bedeutend niedrigeren Preisen, als dieses im Mainmarke der Fall war. Die „Novice“ knüpft daran die Bemerkung, daß die Fleischpreise bald niedriger gestellt werden müssen, was bereits in mehreren Orten am Lande geschehen

ist; eine Bemerkung, die sicherlich die wärmste Bevormundung und Berücksichtigung verdient. Auch gegen die Verkäufer am hiesigen Plage, und außerhalb der Stadt zieht genanntes Blatt scharf zu Felde, was sehr lobenswerth ist, da es in der Wirklichkeit in dieser Beziehung bis jetzt nicht am besten bestellt war. — Bei den Obstverkäuferinnen bemerkte man gleichfalls dieser Tage neue Maßereien, und es scheint, daß denselben die früheren, nicht selten betrügerischen weggenommen wurden, was nicht minder lobenswerth ist. Der Magistrat wird sich den Dank der ganzen Gemeinde erwerben, wenn er diese Bertheuerer scharf überwacht, und in vorkommenden Uebertretungen strengstens bestraft. Leider wissen sich aber die Verkäufer von Mehl, Grünzeug und andern Victualien, wie auch einige Fleischer so sicher vor Strafe, daß sie über gerechte Beschwerden der Käufer dieselben nicht selten rauh und brutal abweisen und höhnisch verlachen, wenn Letztere ihnen mit einer Klage drohen. Eben so furchtlos treiben die Verkäufer ihr Geschäft fort, so daß es nicht leicht jemand Anderm möglich wird, Obst und andere Producte aus der ersten Hand zu erhalten; denn wenn auch Landleute bei ihrer Ankunft am Marktplatz ihre Producte um geringe Preise feilbieten, so sind selbe im Augenblick von jenen Speculanten umlagert, und der Landmann steigert dann den Preis für den allenfalls verbliebenen Rest seiner Ware wohl auf das Doppelte und Dreifache.

— Eine zweite Angelegenheit, die gleichfalls einer dringenden Lösung bedarf, ist die Errichtung des 3. Jahrganges der Unter-Realschule. Daß derselbe ins Leben tritt, ist nun außer allem Zweifel, und es handelt sich nur noch um die Ausmittlung geeigneter Localitäten. Wie man hört, sollen Se. fürstbischöfliche Gnaden sich nicht ungeneigt zeigen, die Hörsäle der Theologie in das Priesterhaus zu übertragen, wodurch obiges Hinderniß sogleich beseitigt würde. Aber selbst für den Fall, wenn dieses für die Gegenwart nicht ausführbar wäre, werden sich denn doch einige Localitäten im Schulgebäude auffinden, die provisorisch zu diesem Zwecke hergerichtet würden. Nur versäume man ja keine Zeit, daß wegen dieses wohl leicht zu beseitigenden Hindernisses, der 3. Jahrgang nächstes Schuljahr ins Leben treten kann. Für die Folge könnte man freilich so manche Veränderungen in den Schullocalitäten vornehmen. So ist z. B. ein Plan, von dem ich unlängst sprechen hörte, sehr schön und practisch. Die Sparcasse dürfte nämlich angegangen werden, ihr Gebäude um einen Stock zu erhöhen, und die hiedurch gewonnenen Localitäten für das Landes-Museum unentgeltlich zu überlassen; die gegenwärtigen Museums-Localitäten aber könnten sonach zu Schulzimmern verwendet werden. Erwägt man nun, daß sowohl die Sparcasse als das Museum **Landes-Anstalten** sind; daß die Sparcasse ein eigenes Vermögen von mehr als Hundert Tausend Gulden besitzt, welches durch die Geldoperationen im Lande selbst erworben wurde; daß der Bau schwerlich über 8000 fl. zu stehen käme; daß hierdurch nicht nur der Stadt eine bedeutende Verschönerung, sondern auch dem Lande eine große Wohlthat erwachsen würde; daß für die Folge das hiesige Schulgebäude für die Schulzimmer und die dazu gehörigen Cabinete, Kanzleien u. s. w. unmöglich ausreichen wird: so kann man nicht umhin, diesen Plan auf das wärmste zu bevormunden und dringendst zu empfehlen. Dem Vernehmen nach soll die Sparcasse bereits früher einen ähnlichen Plan gehabt, denselben aber wegen des theuern Arbeitslohnes hinausgeschoben haben. Leider ist dieses Hinderniß auch jetzt noch nicht beseitigt, allein man bedenke, daß bei der großen herrschenden Theuerung aller Lebensmittel der Lohn auch steigen mußte; doch dürfte vielleicht nächstes Frühjahr bei den energischen Maßregeln unseres Magistrates und der in Aussicht stehenden guten Ernte auch in dieser Hinsicht ein günstigeres Verhältniß sich herausstellen. Keinesfalls aber wolle dieser Wunsch unter die beliebten „frommen Wünsche“ eingereiht werden!

Dr. K.

